

# Chemnitzer Anzeiger

## und Stadtbote.

### Unparteiisches Tageblatt für Chemnitz und Umgegend



besonders für die Vororte: Alchemnitz, Altdorf, Bernsdorf, Borna, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Silberdorf, Kappel, Neustadt, Schönau

Die Abonnenten erhalten mit dem Anzeiger allwöchentlich **4 Unterhaltungs-Blätter**, sowie das Heftige, reich illustrierte **Anzeiger-Bilderbuch**.

**Abonnementbestellungen**, vierteljährlich 150 Pf. (Batr. 40 Pf.), monatlich 50 Pf. (Batr. 15 Pf.), wem man die Bestagelbestellung und Ausgabe stellen in Chemnitz und obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur bei den Postanstalten — Postzeitungs-Preisliste für 1885 Nr. 1114 — bestellt werden. In Oesterreich-Ungarn ist der Chemnitzer Anzeiger zum Abonnementpreise von vierteljährlich 1 Gulden 54 Kr., monatlich 52 Kr. (exkl. Abgabekosten) durch die Postanstalten zu beziehen. In Briefmarken je 3 Silben der gewöhnlichen Korpusgröße bilden eine Zeile und kosten 15 Pfennige.

**Verlags-Expedition: Alexander Biede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).**

**Bekanntmachung.**  
die Eröffnung des Güterverkehrs auf der Haltestelle Altschaps-Rosenthal der Altschaps-Regeln-Dampfer-Standortbahn betreffend.  
Das Finanzministerium hat beschlossen, auf der Haltestelle Altschaps-Rosenthal der Altschaps-Regeln-Dampfer-Standortbahn, welche nach der Bekanntmachung vom 3. Januar laufenden Jahres zunächst nur für den Personenverkehr eröffnet worden ist, am 15. April laufenden Jahres auch den Güterverkehr eröffnen zu lassen.  
Dresden, den 4. April 1885.  
Finanzministerium, 3. Abteilung.  
v. Thimmel. Müller.

gedruckt im Kuchhof Wbth. III, S. 246 Nr. 8) getroffenen Bestimmungen wird bezüglich des Treibens von Kindern auf den Straßen und Plätzen der Stadt Chemnitz Folgendes hiermit angeordnet:  
Beim Treiben von Kugeln, Schen und Kugeln muß jedes einzelne Kind, wenn es nicht mit anderen zusammengefaßt ist, gehörig mit einem auf den Vorderseiten gefesselt — gefesselt — und von zwei erwachsenen Personen geleitet werden.  
Besondere Vorkehrungen sind außerdem mit einer Biende zu treffen.  
Eingekerkerte Kühe und zusammengepacktes Vieh dürfen nicht gefesselt zu werden, sind abends oder von minderbewußten und erwachsenen Personen mit Seilen oder Ketten an den Fesseln zu führen.  
Zusatzbestimmungen werden nach § 306 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs

mit Geldstrafe bis zu 50 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet.  
Chemnitz, am 9. April 1885.  
Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Chemnitz.  
Beiter, Bürgermeister. Stadtrat, Polizeidirektor.

**Bekanntmachung.**  
Ergen Schloßbau wird die Kaiserstraße zwischen der Bräuer- und Reitanienstraße vom nächsten Montag den 13. d. Mts. ab für allen Fahrverkehr bis auf Weiteres gesperrt.  
Chemnitz, am 8. April 1885.  
Das Polizeiamt.  
Poltrud, Stadtrat. Str.

### Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

**München.** Durch die Königl. Polizeidirektion wurde der Fachverein der Schneider aufgelöst.  
**Rom.** Die Untersuchung in Sachen der wegen revolutionärer Propaganda in der Armeeschule einmündig eine immer bedeutendere Gestalt an. Die Behörden besitzen die Liste der Mitglieder der Gesellschaft; es sollen angeblich 600 in Rom allein sein.  
**Paag.** Bei der heutigen Wahl zur Kammer wurde der liberale Kandidat mit 868 gegen 849 Stimmen gewählt, die auf den konservativ-liberalen Kandidaten fielen. Es stehen jetzt 43 Liberale gegen 43 Antiliberalen.  
**Kairo.** Infolge einer Meldung der „Agence Havas“ benachrichtigte die ägyptische Polizei die Redaktion des „Postphare Egyptien“, daß gegen das Blatt ein Suspensionsdekret erlassen sei, weil dasselbe eine Proklamation des Mahdi in arabischer Sprache abgedruckt hätte.  
**Petersburg.** Die Stimmung ist in den letzten Tagen unverkennbar eine kriegerische geworden. Die ganze Umgebung des Kaisers trägt eine sehr energische Bemerkung zur Schau. Der Kaiser allein verhält sich widerstrebend. Es gilt nicht ein Wort des Kriegesministers: „Nichtworts nicht einen Schritt“.  
**Washington.** Nach einer dem Gesandten Columbiens zugegangenen Meldung halten die amerikanischen Panama noch besetzt.  
(Weitere Telegramme siehe am Schluß des redaktionellen Theiles.)

### Das neue französische Ministerium.

Wahrscheinlich, es war kein erhebendes Schauspiel, welches die französische Republik volle acht Tage lang dem Auslande darbot, das beschämende Schauspiel, trotz aller Mühe und Anstrengungen keinen Erfolg für das gestrige Kabinett Ferry schaffen zu können! Und das noch dazu in einem Augenblicke, wo eine feste und energische Hand an der Spitze des Ministeriums wegen der schwerwiegenden Entscheidungen im Interesse des Vaterlandes kaum dringender notwendig sein konnte, wo die patriotische Pflicht allen Parteigang und Haber hätte zum Schweigen bringen müssen! Gerade solche unvorhergesehene Gefahren und Krisen, wie die jetzt endlich glücklich überstandenen, rufen die beste Gelegenheit zur Feinprobe eines Volkes und seiner Regierung, und deshalb geben die Vorgänge der letzten Woche für den festen und gesicherten Bestand der französischen Republik zu ersten Bedenken Veranlassung. Es war wohl kein geringes Glück für die jetzige Regierung Frankreichs, daß kein kühner und unternehmender Präsident vorhanden war, der sich durch einen raschen Handstreich zum Herrn der Situation machen und die Volksgunst im Ra erobert konnte. Ebenso lag in dem tolen Gehen der extremen Elemente der wirtschaftlichen Nothlage keine geringe zu schöpferische Gefahr. Doch es trotzdem nirgends zu ernstlich demütigenden Klaffen kam, daß dagegen entschieden als ein gutes Zeichen der Zeit geteilt werden. Das Volk im Großen und Ganzen will eben Ruhe und Frieden gewahrt wissen, um seinen Beschäftigungen ungehindert nachgehen zu können. Wegen dieser allgemein herrschenden Gemüthsstimmung war auch Ferry's offenes Unternehmen niemals eigentlich populär, und die erste empfindliche Schlappe — welche sich freiwillig später nicht als so gar bedenklich erwies — genügt, um seinen Sturz herbeizuführen. Allein wie häufig bedarf man sich die Kammer, die Volkstredin des Volkswillens, bei der Fassung ihres Urtheilspruches! Die Majorität, besonders die Gambettisten, opfereten ihren erprobten Führer Ferry offenbar dem Lande, welches in seiner hochgradigen Erregtheit um jeden Preis einen Silbendoch verlangte, und zwar geschah dies nur, um nicht selbst etwa das Opfer zu werden. Allein gleich darauf stellte sich ganz klar heraus, daß Sitzungen und Einreisen weit bequemer und leichter ist als Wieder-aufbau, denn es begann sogleich der erbitterte Kampf der Parteien um die Vorlesung, welcher alle Berechnungen eines neuen Ministeriums vereitelte, wobei allerdings der heilige Umstand wenig Verlorenes bot, daß der Nachfolger Ferry's mit dem Erbe derselben zugleich die volle Verantwortlichkeit dem Lande gegenüber auf sich nehmen mußte. Dieses letztere Bedenken besonders brachte alle Versuche, einen Ersatz für Ferry zu finden, bis zum Diensttage zum Scheitern. Bloss als Lückenbühler Mitglied eines Uebergangsministeriums zu werden, dazu hielten sich die hervorragenden Mitglieder der betreffenden Parteien denn doch zu gut. Das Parteiführer allein erlaubte sich der Auszeichnung, das diekwortene zu sein, welches jede Partei für sich in Anspruch nahm, natürlich, weil damit der entscheidende Einfluß auf die im Herbst stattfindenden Neuwahlen gewonnen war. Die Rücksicht hierauf spielte, wie man sich leicht denken kann, schließlich bei der Bildung des neuen Ministeriums die Hauptrolle. Daß der jetzige Kammerpräsident Brisson, der im Laufe der letzten Jahre schon oft die Rolle eines Ministerpräsidenten abgelehnt hatte, trotzdem diese im gegenwärtigen Augenblicke dormentliche Aufgabe übernahm, ist ein wahr-

volles Zeugnis für seinen Patriotismus, denn persönlich brachte er damit zugleich das Opfer, auf die Anwartschaft der Nachfolge Brody's gemißtraut zu verzichten, wozu er als Kammerpräsident, der über dem Parteigetriebe steht, günstigeren Aussichten hatte. Im Ganzen muß das neue Ministerium Brisson-Freycinet als nahezu von radikaler Färbung bezeichnet werden. Für uns und unsere Beziehungen zum westlichen Nachbar hat der Vertreter des Auswärtigen ein besondertes Interesse, und da kann es uns nur zur Verhütung und Vermeidung gereichen, daß Freycinet als solcher fungiert, denn derselbe bietet eine gewisse Garantie, daß die gutnachbarliche Politik Ferry's und gegenüber weiter fortgeführt wird, da gerade dieser Staatsmann zuerst den Rath gab, mit Wort und That für gute Beziehungen zu uns einzutreten. Der Chef des Kabinetts Brisson, welcher durch gewisse veranlaßte Rundgebungen bekannt ist, verlor am Dienstag sofort in der Kammer eine Erklärung, wonach eine ruhige und besonnene Verhandlung nicht nur der tonkühnen Frage, sondern überhaupt der auswärtigen Politik zu erwarten steht. Als ein Ministerium der Berichtigung und Eintracht für die inneren Angelegenheiten kennzeichnete Brisson das neue Kabinett und verspricht zugleich dafür zu sorgen, daß die Wahlen frei, loyal und anspruchlos seien. Da indessen das Vorlesende des Innen in den Händen Alain Targ's ruht, der in dem großen Ministerium Gambetta's die Finanzen übernommen hatte, so dürfte das Letztere seine Schwierigkeiten haben. Der erste Antrag Brisson's, einen Kredit von 150 Millionen für Tonkin als Zeichen des Vertrauens für das neue Kabinett zu bewilligen, wurde mit 373 gegen 92 Stimmen genehmigt. Der erste Erfolg läßt also nichts zu wünschen übrig. Von großer Wichtigkeit ist zu gleicher Zeit, daß die Nachricht immer entschiedener ausfällt, nach einer im Auswärtigen Amte eingegangenen Depesche habe das Tsungli-Yamen die Friedenspräliminarien genehmigt, welche am 3. d. M. von Billoz, dem Direktor der politischen Angelegenheiten im Auswärtigen Amte, für Frankreich und von Combell für China unterzeichnet worden seien. In Peking sei ein Edikt veröffentlicht worden, durch welches dem chinesischen Truppen anbesohlen wird, Tonkin zu räumen. Darnach scheint das neue Ministerium gegründete Aussicht auf den Frieden mit China zu haben.  
Als ein bezeichnendes Zeichen der Zeit möchten wir schließlich noch darauf hinweisen, daß die „Republique française“ mit Vertheilung konstatirt, Herr Brisson habe mit Freycinet dem vielgeschmähten Exminister Ferry einen Besuch abgestattet und die Begegnung sei eine sehr herzliche gewesen. Soll doch allen Ernstes Ferry auch bei der Wahl eines neuen Kammerpräsidenten in Frage gekommen sein. Hieraus ist ersichtlich, daß der Stern Ferry's, wenn auch augenblicklich stark verdundelt, doch vielleicht in nächster Zeit wieder hell leuchten wird.  
Jedenfalls sind die Vorgänge seit Ferry's Sturz sehr lehrreich gewesen und haben dem französischen Nationalcharakter einmal wieder in recht deutlicher Weise so gezeigt, wie die geschichtliche Entwicklung ihn und darstellt; er ist nicht Julius Cäsar's Zeit im Wesentlichen derselbe geblieben und seine klassische Schilderung derselben noch jetzt zutreffend.

### Politische Rundschau

**Deutsches Reich.** Der Reichs-Anzeiger publicirt das Gesetz, betreffend den Beitrag des Reiches zu den Kosten des Bremer Zollanlasses. Der Reichsanzler wird ermächtigt, der freien Hansestadt Bremen zu den Kosten der Bauten, Anlagen, Einrichtungen und des Branderwerbs, welche durch den Zollanlass für Bremen und die mit demselben verbundenen Umgestaltungen der bestehenden Handels- und Verkehrsanlagen veranlaßt werden, aus der Reichskasse einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Veranschlagten für die bezeichneten Zwecke festzusetzenden Kostenbedarfs jedoch höchstens in Höhe von 120.000 Mk. zu leisten.  
— Zu den Schriftstücken, welche dem Reichstage nach den Ferien zugehen sollen, gehört in erster Linie ein sehr umfangreicher Bericht über die Impfsfrage. Es handelt sich um die Beschlässe der Impf-Kommission und um die Verhandlungen, welche den Beschlässen vorausgegangen sind. Es wird sich zeigen, ob sich daran eine Debatte knüpft; allem Ansehen nach wünscht die Regierung eine nachmalige Erweiterung der Frage, obgleich sie, wie bekannt, den Impfwang aufrecht zu erhalten bestrebt war.  
— Von den „Berl. Pol. Nachr.“ wird der Befürchtung entgegengetreten, daß das Gesetz, betreffend die Pensionierung der Volksschullehrer, falls es vom Landtage beschlossen werden sollte, von der Regierung, wegen Geldmangels nicht angenommen werden könnte. Reinesfalls dürfte die Finanzfrage die Entscheidung der Staatsregierung gegenüber einer von einer gesetzgeberischen Körperschaft beschlossenen, sachlich zutreffenden, gesetzgeberischen Maßregel der bezeichneten Art, ausdieslaggebend bestimmen. Vielmehr habe der Finanzminister ausdrücklich betont, daß die Stellung der Staatsregierung zur Befriedigung eines von ihr selbst als dringlich anerkannten, aber wegen Mangel an Mitteln zurückgestellten Bedürfnisses, wie die Regelung des Lehrerpensionswesens, sich wesentlich ändere, wenn die

die Vertretung der Steuerzahler darstellende gesetzgeberische Körperschaft mit überwiegender Mehrheit dasselbe durch die Annahme des Entwurfs für so dringlich erklärt, daß die Befriedigung desselben ohne Rücksicht auf die aktuellen Deckungsmittel erfolgen müsse. Es liegt daher auf der Hand, daß die Stellungnahme des Staates wesentlich davon abhängt, daß und in welcher Weise ein endgiltiger Beschluß des Abgeordnetenhauses vorliegt, daß aber, wenn dieselbe mit statlicher Mehrheit angesichts der Finanzlage dem Entwurf zustimmt, die Frage der Deckungsmittel die Entscheidung der Staatsregierung kaum beherrschend dürfte.  
— Berliner Börse. Trat in den letzten Tagen die Bedeutung der Politik hinter die russischen Rentensteuer-Projekte zurück, so war heute das Gegengetriebe der Fall. Während in Bezug auf jene Steuerprojekte sich die Ansicht geltend machte, daß dieselben nicht in Kraft treten würden, äßen die vorliegenden Nachrichten politischer Natur einen höchst verhängnisvollen Einfluß. Schon die Meldungen der englischen Blätter, wonach die diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des englisch-russischen Konflikts nur sehr geringe Fortschritte machten, verstimmen in hohem Grade, es dann aber der amtliche russische Bericht über den bereits stattgefundenen blutigen Zusammenstoß zwischen Russen und Afghanen eintraf und die schlimmsten Befürchtungen der Börse dadurch eine plötzliche Bestätigung zu finden schienen, da erhielt das Geschäft eine von vollständiger Deroute nicht mehr sehr entfernte Prognose. Auf allen Spekulationsbörsen entwickelte sich ein stürmisches Angebot, unter dessen Druck die Kurse prozentweise nachgeben mußten, und es läßt sich behaupten, daß die Berliner Börse seit sehr langer Zeit keinen so unglücklichen Tag erlebt hat, wie den heutigen. Der Schluß wurde nach kurzer Erholung wieder san.  
— In Schwelm bei Darmen ist die im Umbau begriffene Hochschule Pianoforte-Fabrik eingestürzt, acht Arbeiter unter ihrem Trümmern begraben. Von den Verunglückten wurden sieben lebend und einer als Leiche hervorgezogen. Mehrere der Verletzten haben Arm-, Bein- und Rippenbrüche erlitten. Der materielle Schaden ist bedeutend.  
— Braunschweig. Der Bürgerverein hatte zu Kaisers Geburtstag einen Brief an den greisen Monarchen gerichtet, in welchem unter dem heftigsten Segenswünschen für das fernere Wohlergehen des kaiserlichen Herrn die Treue des braunschweigischen Volkes zu Kaiser und Reich besonders betont war. Daran ist am Mittwoch früh ein von dem Monarchen unterzeichnetes Schreiben eingegangen, in dem der Kaiser nach Ausdruck seines Dankes für die herzlichen Wünsche des gedachten Vereins erklärt, daß es sein Wille sei, daß Braunschweig ein selbständiger Bundesstaat bleibe, welche kaiserliche Rundgebung im ganzen Lande große Freude hervorgerufen hat.  
**Oesterreich-Ungarn.** Die Wahlbewegung in Oesterreich kommt nun auch auf deutscher Seite in Fluß. Es ist dies hoch an der Zeit, da die Wahlen höchst wahrscheinlich schon für den Monat Juni ausgeschrieben werden. Von Centralwahlkomitee der Deutschen in Böhmen sind die Einsetzungen zur Bildung von Bezirks- und Lokalwahlkomitees bereits getroffen worden; die vereinigte Linke wird demnächst ihr Wahlmanifest erlassen. Daß die deutsche Opposition numerisch geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen wird, steht heute schon so ziemlich fest. Ebenso feststehend aber ist es auch, daß national-kämpferische Elemente, die mit volstem Ernst und mit Wucht in den Reihen der Opposition auftreten werden, die schwächeren in größerer Zahl ablösen werden; daß also der numerische Verlust durch den entschiedeneren, einmütigeren Nachdruck, mit welchem gekämpft werden wird, moralisch wettgemacht wird.  
— Die Gedächtnisfeier für den Slavonapostel Methobius hat in dem, im österreichischen Kronlande Mähren belegenen, vormaligen Bistzenzerstift Welehrad diese Woche ihren Anfang genommen, und zwar im Beisein zahlreicher, vorwiegend mährischer Pilger. Die Festlichkeiten dauern bis Oktober. Auch unter den griechisch-orientalischen Christen rüstet man sich zu dem Gedächtnisfest Methobius, den bekanntlich auch die schismatische Kirche als den Ihren reklamiert, obgleich er als römischer Bischof gestorben ist. In Russland werden große Festlichkeiten vorbereitet, ebenso auch in Bulgarien, wo Methob selbst als Glaubensapostel gewirkt hat. Das Hauptorgan des Baltians, der „Moniteur de Rome“, nennt die slavische Pilgerfahrt nach Welehrad einen „Markstein geschichtlicher und sittlicher Entwicklung der slavischen Welt“. Ueber den Apostelgrabe schwebt die Erinnerung an die Encyklica Leo XIII., welche eine innige, unzerstörbare Solidarität zwischen dem Papstthum und den slavischen Völkern behandelte.  
— Der Kaufmann Franz Schabel in Wranau bei Brünn wurde am 6. d. von seinem eigenen Sohne, Eduard Schabel, erschossen und veranbt. Der Hergang war folgender: Seit vielen Jahren betrieb die Eheleute Schabel ein Gemischtwaarengeschäft und galten für wohlhabend. Ihr Sohn, Eduard Schabel, welcher bereits das 25. Lebensjahr vollendete, legte seit seiner Jugend einen Hang zum Leichtsinne an den Tag. In Brünn besuchte er einige Klassen des Gymnasiums,